

Änderungsantrag
(zu Drs. 16/3284 und 16/3368)

Fraktion der SPD

Hannover, den 15.03.2011

Ressourcenschutz und Sparpolitik - Contracting als Lösungsweg

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/3284

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/3368

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

Contracting - Keine Unterbrechung des eingeschlagenen Weges: Jahrelange Erfahrungen mit Contracting zur Ressourcenschonung nutzen und mögliche Einsparungen nach Prüfung im Einzelfall realisieren

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist das Contracting ein Baustein zum ressourcenschonenden Umgang mit Energie. Zunehmend haben sich verschiedenste Modelle als sparsame, auch die öffentlichen Haushalte entlastende Varianten bei der Nutzung von Strom und Wärme erwiesen. Das Land Niedersachsen und zahlreiche Kommunen haben inzwischen beispielhafte ÖPP-Kooperationen realisiert. In unterschiedlichsten Veröffentlichungen, Informationsveranstaltungen, Fortbildungen und Beratungsangeboten haben Land und kommunale Spitzenverbände zum Teil in Zusammenarbeit mit dem NABU oder dem Schornsteinfegerhandwerk die Chancen, Voraussetzungen, aber auch Bewertungskriterien für sinnhaftes Contracting im jeweils zu prüfenden Einzelfall dargestellt.

Unter der Überschrift „Landesinitiative Energieeinsparung“ (Beschluss des Landtages vom 11. Juli 2007 - Drs. 15/3965) in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD „Vermögenswerte des Landes Niedersachsen“ (Drs. 16/3144) vom 29. November 2010 und die Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP (Drs. 16/3284) hat die Landesregierung ausführlich und sehr konkret den aktuellen Stand zum Contracting beschrieben. Sie hat keinen Zweifel daran gelassen, dass sie ausgehend von den Modellversuchen und ersten Initiativen in Zusammenarbeit mit den Energieagenturen die Erfahrungen mit Energiekooperationen und Contracting kontinuierlich weiter verfolgt hat und weiter verfolgen wird.

Der Landtag stellt deshalb fest:

1. In Niedersachsen wird Contracting vom Land, den Kommunen und auf dem privaten Sektor seit über zehn Jahren als ein wichtiger Baustein zum ressourcenschonenden, kostensparenden und damit wirtschaftlich sinnvollem Umgang mit Energie und Kosten praktiziert.
2. Contracting zählt nach Art und Anwendung zum Gesamtkomplex der Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP/PPP). Seine Anwendung setzt deshalb - wie vom Land dargestellt - eine sorgfältige Prüfung im Einzelfall voraus.
3. Mit der Unterrichtung der Landesregierung zur Landesinitiative Energieeinsparung (Drs. 15/4378), der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD (Drs. 16/3144) und die aktuelle Unterrichtung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat die Landesregierung klargestellt, dass sie anknüpfend an erste Aktivitäten in Niedersachsen (Land und Niedersächsische Energieagentur) das Thema Contracting unter den Gesichtspunkten Ressourcenschutz und Kostenersparnis kontinuierlich weiterverfolgt hat.

4. Vor allem die Kommunen haben sich in den vergangenen zehn Jahren über Ihre Spitzenverbände und zahlreiche Kooperationen mit dem Land, Umweltorganisationen und Experten des Contracting sachkundig, fachkundig und entscheidungsfähig gemacht. Dafür sprechen zahlreiche abgeschlossene Verträge.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag lehnt nach seiner Beschlussfassung vom 11. Juli 2007 (Drs. 15/3965) und die entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung (Drs. 15/4378) den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP (Drs. 16/3284) ab.

Die praktischen Erfahrungen mit erfolgreichen Contracting-Verträgen dürfen nicht dadurch ad absurdum geführt werden, dass „mindestens ein Modellprojekt zum Energiespar-Contracting zu identifizieren, eine Ausschreibung durchzuführen und mit dem Ziel zu realisieren (ist), Erkenntnisse über wirtschaftliche und fachliche Auswirkungen zu erhalten“. Die Suche nach mindestens einem Modellprojekt darf nicht dazu führen, dass die kontinuierliche, wirtschaftliche und umweltschonende Fortentwicklung des Contracting unterbrochen wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung vielmehr auf, den eingeschlagenen Weg beim Contracting nicht zu unterbrechen, die jahrelangen Erfahrungen mit Contracting zur Ressourcenschonung und mögliche Einsparungen nach Prüfung im Einzelfall zu realisieren und weiter zu unterstützen.

Johanne Modder
Parlamentarische Geschäftsführerin